

Entfremdung und die Transformation von Arbeit und Technologie

Amy E. Wendling: *Karl Marx über Technologie und Entfremdung*, Karl Dietz Verlag, Berlin 2022, 269 S., 29,90 Euro.

Marx hat über sein gesamtes Werk viele Begriffe nachhaltig geprägt. Einer, der in seiner Analyse eine zentrale Stellung einnimmt, ist der Begriff der Entfremdung. Amy E. Wendling widmet sich in ihrem Buch, das zunächst 2009 in englischer Sprache erschien und nun in deutscher Übersetzung im Karl Dietz Verlag veröffentlicht wurde, Marx' Kritik der Entfremdung und dessen darauf begründeten Analyse von Arbeit und Technologie. In ihrer philosophie-historischen Studie stützt sich die Autorin auf diverses, darunter auch weniger beachtetes Material des marxischen Gesamtwerks und zeichnet so dessen Begriffsentwicklung von den frühen Schriften bis in „Das Kapital“ eindrücklich nach. Damit liefert sie ein tiefgehendes Verständnis für Marx' Analyse von Arbeit und Technologie.

Maßgeblich durch Hegels Entfremdungsbegriff geprägt, jedoch in Abgrenzung zu ihm, entwickelt Marx zunächst ein Verständnis von *Entfremdung* und *Vergegenständlichung*, das sich auf die kapitalistischen Produktions- und Verhältnisse bezieht: Während sich der Mensch durch die Bearbeitung der materiellen Welt im Gegenstand der Arbeit als Gattungswesen vergegenständlicht, „indem er sich nicht nur wie im Bewußtsein intellektuell, sondern werktätig, wirklich verdoppelt und sich selbst daher in einer von ihm geschaf-

fenen Welt anschaut“¹, wird die Entfremdung „zur spezifisch historischen Struktur (...), die der ontologischen menschlichen Vergegenständlichung durch kapitalistische Produktion als totalisierende Gesamtheit aufgedrückt wird.“ (30) Denn in der kapitalistischen *Produktionsweise* sind die Produktionsmittel und Resultate der Arbeit ungleich verteilt und freie Lohnarbeiter:innen müssen im Angesicht dessen ihre Arbeitskraft verkaufen, um diese naturnotwendig zu reproduzieren. Jedoch geht es bei Marx' Entfremdungsbegriff „nicht allein um die Ungleichheit der Verteilung von Mitteln und Resultaten der Produktion, sondern um die Produktionsweise insgesamt sowie die Art und Weise menschlichen Handelns, die sie einfordert.“ (32)

Nach ihrer einführenden Auseinandersetzung mit den Begriffen Vergegenständlichung und Entfremdung zeigt Wendling philosophie-historisch von Aristoteles, über Rousseau, Smith, Locke bis Feuerbach weitere Einflüsse, die Marx' Überlegungen geprägt haben, wie er sich von seinen Vordenker:innen über sein Gesamtwerk hinweg differenziert und das Konzept der Entfremdung auf die kapitalistische Produktion ausdehnt. Sie verweist hierbei auf fünf sich überschneidende Dimensionen der Entfremdung bei Marx, die in ihrer Kombination „Entfremdung in ihrer allgemeinen Form entstehen“ (57) lassen; wobei für die weitere Analyse von Arbeit und Technik die ökonomische (Warenfetischismus) und technische (Maschinenfetischismus) Dimension

¹ Marx, K. 1844: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Bd. 40, S. 517.

der Entfremdung sowie die Dominanz der Tauschwertorientierung maßgeblich werden. „Die Entfremdung, die sich im Warenfetischismus in der Sphäre des Austauschs ausdrückt, findet beim Maschinenfetischismus in der Sphäre der Produktion statt. In beiden Fällen ergeben sich die geheimnisvollen Eigenschaften nicht aus den Objekten selbst, insbesondere nicht aus deren Gebrauchswert, sondern aus der spezifischen Illusion, die dann entsteht, wenn ihr Tauschwert den Gebrauchswert bestimmt wie auch die Form und Menge, in denen sie hergestellt werden.“ (81) Die Maschine als genealogisches Produkt menschlicher Arbeit ist das abschließende „metaphysische Objekt“ der marx'schen Überlegung zur Entfremdung.

Anschließend zeichnet Wendling den das 19. Jahrhundert bestimmenden thermodynamischen Diskurs des wissenschaftlichen Materialismus nach und beleuchtet, wie dieser Marx' Denken nachhaltig transformiert hat. In diesen Kontext müssen seine Ausführungen zur Arbeitskraft und Maschinerie gesetzt werden: denn mit dem ersten Gesetz der Thermodynamik (Energieerhaltung) lässt sich Arbeit „auf eine Menge an Wärme oder an Bewegung, die verrichtet wurde, reduzieren“ (99), sodass sich in der neuen Metaphysik menschliche, tierische und maschinelle Kräfte ontologisch nicht voneinander abgrenzen lassen; sie „unterscheiden sich nur durch den Grad der Energie, den sie ausdrücken“ (103). Daran, und an das zweite Gesetz der Thermodynamik (Entropie) anknüpfend, diskutiert Wendling die Verschiebungen in Marx' Denken von einem vitalistisch,

humanistischen zu einem energetizistischen Modell der Arbeit (Selbstverwirklichung) bzw. der entfremdeten Arbeitskraft (Energieverausgabung) sowie seines Verständnisses des Kapitalismus als selbstwidersprüchliches System. So wird „Arbeit, neu begriffen als Teil des kontinuierlichen Gewebes von Energie, (...) zu ‚Arbeitskraft‘,“ (111) und Marx' Theorie der politischen Revolution im Angesicht der Entropie zunehmend von einer Theorie der Krise verdrängt.

Anhand der „Grundrisse“ und dem „Kapital“ zeigt Wendling eindrücklich markante und feine Unterschiede in Marx' Betrachtung der Technologie/Maschinerie und Arbeit sowie deren Symbiose auf. Entgegen seiner Beschreibung der Maschine im „Maschinenfragment“ – wo die positiven Aspekte in einer Theorie über die Maschinerie als „emblematisches Produktionsmittel einer befreiten Gesellschaft“ (218) sichtbar neben der Entfremdung stehen – wird diese im „Kapital“ konkreter und bezieht sich auf die Funktionsweise der Maschine in der entfremdeten Produktionsweise sowie auf die Auswirkungen auf den Begriff der Arbeit. Marx füllt den zuvor abstrakten Begriff der „Maschine“ durch die Beschreibung des Antriebsmotors, des Übertragungsmechanismus und der Arbeitsmaschine und präzisiert deren Verhältnis. Dabei verschiebt sich sein Augenmerk vom Bewusstsein der Arbeiter:innen, die in ihrer Entfremdung auf die Rolle des „Wächters und Regulators“ reduziert sind, auf das in der Maschine verkörperte Bewusstsein; sie ist über den Motorenmechanismus beseelt und sich durch den Antriebsmechanismus ihrer Absicht bewusst (181f.). Wend-

ling macht deutlich, wie die hegelsche vitalistische Metaphysik auf dem Weg zum „Kapital“ fortschreitend ausgelöscht und durch einen eigentümlichen „kapitalistischen Humanismus“ (167) abgelöst wird.

Anschließend befasst sich die Autorin im Rahmen des kapitalistischen Humanismus und der Entfremdung u.a. mit der Körperlichkeit von Mensch und Maschine, Feminismus, Revolution, Sexualität sowie „Rasse“ und betont in diesem Zusammenhang, dass Lohnarbeit u.a. für proletarische Frauen nicht automatische entfremdend ist, sondern eine emanzipative und anerkennende Qualität besitzt (199/206/208). In Kontrast zum feministischen Konzept des „Sekundärpatriarchalismus“² sind Wendlings optimistischen Einschätzungen jedoch kritisch zu diskutieren. Zum Schluss beschäftigt sich die Autorin anhand Marx' Exzerpte zu Wissenschaft und Technik ab den 1850er Jahren sowie seiner „Ökonomischen Manuskripte von 1861–63“ mit der Verbindung zwischen Entfremdung, Wissenschaft und Technologie und blickt anschließend auf die Entfremdungstheorien des 20. und 21. Jahrhunderts (217ff.).

Mit ihrer Arbeit liefert Wendling einen wichtigen und lesenswerten Beitrag für das Verständnis von Marx' Kritik der

Entfremdung, die den Leser:innen einen tiefen Einblick in dessen Denken beschert. Die anspruchsvolle und intensive Lektüre belohnt mit vielen anregenden Erkenntnissen, die zu einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit Marx' Werken motivieren.

Maurice Laßhof

Dialektik der bürgerlichen Freiheit

Sabine Hollewedde: Freiheit und ihre Dialektik. Kritik der Philosophie in der kritischen Theorie, zu Klampen Verlag, Springe 2021, 262 S., 32 Euro

Die Dissertation der Oldenburger Philosophin Sabine Hollewedde steht in einer aussterbenden Tradition. Sie vertritt einen adornitischen oder adornisierten Marxismus, der sich mindestens durch zweierlei auszeichnet: Erstens geht es der Autorin tatsächlich um eine Verknüpfung marxsscher Kritik der Ausbeutung und Herrschaft in der Wirklichkeit mit Adornos Erkenntnis-kritik. Marx' Werk und Adornos *Negative Dialektik* sind daher auch die zentralen Referenzen im Buch. Zweitens verweigert sich Hollewedde der Liberalisierung Kritischer Theorie Frankfurter Machart seit Habermas ebenso wie den zirkulationistischen und fetisch-fixierten Zurichtungen des Marxismus. Sie spart nicht mit Kritik unter anderem an Habermas', Axel Honneths, Michael Heinrichs oder Ingo Elbes Ansätzen. Allein dieser wissenschaftlichen und politischen Linie wegen ist das Buch lesenswert, auch wenn der konzeptionelle Alternativvorschlag einer kritischen Gesellschaftstheorie, wie die Autorin ihn unterbreitet, signifikante Schwächen hat.

² Beer, U. 1990: Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses. Frankfurt/M., New York. Vgl. auch Beer, U./Chalupski J. 1993: Vom Realsozialismus zum Privatkapitalismus. Formierungstendenzen im Geschlechterverhältnis. In: Aulenbacher, B./Goldmann M. (Hrsg.): Transformationen im Geschlechterverhältnis. Beiträge zur industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Frankfurt/M., New York, S. 184–230.

Im Zentrum der Arbeit steht die Dialektik des philosophischen Freiheitsbegriffs und der realen bürgerlichen Freiheit. Hollewedde legt mit Bezug zu Adornos Kant- und Hegelrezeption Schritt für Schritt dar, wie sich das Verständnis von Freiheit von Kant über Hegel bis Marx in Korrespondenz mit der realen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft verändert hat. Kants Philosophie der Freiheit habe sich „gegen feudale Herrschaftsstrukturen“ (207) gerichtet und der Freiheit und Gleichheit menschlicher Individuen zum Durchbruch verhelfen sollen. Sie münde jedoch in einer Antinomie der Freiheit, welche zwar als transzendente Idee in der verstandesmäßig erfassbaren, aber nicht in der empirischen Welt der Erscheinungen existiere. Praktisch gewendet ist ihre Verwirklichung bei Kant nur mittels kategorischen Imperativs für moralisches Handeln der Subjekte denkbar. Im Lichte der vollständig entwickelten kapitalistischen Gesellschaft entpuppe sich die Antinomie bei Kant als Erkenntnis der individuellen Freiheit in der Wirklichkeit. Denn diese sei keine Freiheit, sondern Voraussetzung und Mittel zur bürgerlichen Herrschaft. Freiheit ist also in der empirischen Welt nicht vorhanden. Nichtsdestotrotz zeige Kants Idee der Freiheit weiterhin das Ziel menschlichen Handelns an, für dessen Realisierung an Moral festgehalten werden müsse – aber nur negativ, als subjektiver Widerstand dagegen, „das Grauen“ (119) hinzunehmen.

Mit Hegel wird laut Hollewedde Freiheit historisch und gesellschaftlich bestimmt und damit über Kant hinausgegangen. Recht sei bei Hegel Freiheit in der Wirklichkeit und Sozialge-

schichte der Prozess ihrer Verwirklichung über die „verschiedenen Stufen der Entwicklung der Idee der Freiheit“ (129) der Moralität, Sittlichkeit und des Staatsinteresses. Die fortschreitende Geschichte werde dabei insofern als „vernünftig“ (124) vorgestellt, als dass durch die Realisierung der Freiheit im Besonderen der Weltgeist als das Allgemeine zu sich selbst komme. Die Pointe dabei ist, dass der bürgerliche Staat für Hegel „die Wirklichkeit der konkreten Freiheit“ (Hegel zit. n. Hollewedde 151) darstellt. Sie wird also als in der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht begriffen, die damit das Ende der Geschichte bildet. Während Hollewedde die idealistische Teleologie Hegels mit Marx und Adorno zurückweist, sieht sie in dessen dialektischem System die Struktur des „herrschaftlichen Zusammenhangs“ (139) im entwickelten Kapitalismus. Nur sei das Allgemeine nicht der Weltgeist, sondern der sich verwertende Wert. So betrachtet wäre Freiheit dann nicht bereits realisiert, sondern mit Rekurs auf Hegel als Zweck sozialhistorischer Entwicklung erkennbar, allerdings nur durch den bewussten „revolutionären Bruch“ (142) mit dem von Hegel affirmativ skizzierten unwahren Ganzen.

Marx habe in diesem Sinne kritisch an Hegel angeschlossen und eine „materialistische Dialektik“ (234) entwickelt. Ihr Gegenstand sei die Kritik des Kapitals, der Funktion der bürgerlichen Ideale, wie unter anderem der Freiheit, und die Kritik deren „immanenter Widersprüchlichkeit“ (10) im Kapitalismus sowie der idealistischen Philosophie. Im Kern zeige Marx mit seinem Werk das Umschlagen von Freiheit in Herrschaft (und Ausbeu-

tung) auf und wie die idealistische Philosophie der Freiheit diese verdoppelt. Die Autorin insistiert zu Recht darauf, dass gerade durch die Verwirklichung der bürgerlichen Freiheit in Form des doppelt freien Lohnarbeiters, der Vertragsfreiheit und der Freiheit des Kapitals Unfreiheit hergestellt wird. Theoretisch sei die Dialektik der bürgerlichen Freiheit und ihres Begriffs daher „substanziell für die Herrschaft“ heute und „für eine Philosophie, die es sich zur Aufgabe macht, einen Begriff von dem zu entwickeln, was ist“ (236). Politisch müsse ein – im theoretischen Sinn – positiver Bezug auf „Freiheit“ abgelehnt werden. Diese sei nur durch bestimmte Negation zu gewinnen – des bürgerlichen Freiheitsbegriffs in der Theorie und der bürgerlichen Freiheiten in der Praxis als Befreiung vom Kapital.

Gerahmt wird die Abhandlung von grundlegenden Ausführungen darüber, was Kritische Theorie heute meint und wie sie zu verfahren habe. Hier besitzt die Argumentation ihre größten Schwachstellen – einige sind hausgemacht, andere stammen aus dem Erbe der Frankfurter Schule. Es gibt mindestens drei Punkte, in denen Hollewedde direkt zu widersprechen ist. Zwei betreffen den Modus kritischer Gesellschaftstheorie, einer das daraus resultierende Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise. Auch wenn die Autorin kritische Gesellschaftstheorie sie von der bürgerlichen Philosophie, insbesondere Kants und Hegels, abgrenzt, also die Weiterentwicklungen Marxens gegenüber diesen aufzeigt, interpretiert sie erstens Marx' Theorie als Philosophie. Mit anderen Worten: Sie ignoriert die Qualität des Bruchs, den Marx – bei

aller Kritik idealistischer und vulgärmaterialistischer Positionen – mit der Philosophie zugunsten der politischen Ökonomie vollzogen hat. Entsprechend begreift die Autorin zentrale Begriffe Marxens und seine Theorie immer noch durch und mit Bezug zu den Termini der prämarxistischen Philosophie. Weil Hollewedde Marxens Theorie auf eine Philosophie „materialistischer Dialektik“ (234) eingrenzt, kann sie sie in Anschluss an Adornos Neubestimmung der Philosophie als antisystemischer, negativer Dialektik (immanenter Kritik) nur als Negation begreifen. Sie reduziert also zweitens Marx' *Kapital* auf eine *Kritik* der politischen Ökonomie. Sie löst die Einheit des marxischen Werks aus logisch-systematischer Entfaltung des Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft in seinem idealen Durchschnitt einerseits *und* der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise sowie der klassischen politischen Ökonomie durch eben jene positive Darstellung auf. Der dritte Einwand gegen Holleweddes Theoriemodell ergibt sich aus dem Zusammenspiel der beiden ersten. Sie behauptet etwa, dass der sich verwertende Wert „das übergreifende Subjekt des Reproduktionsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft“ (153), das „eine über den Menschen stehende Macht“ (47) und „nicht ohne metaphysische Bestimmungen zu verstehen ist“ (219). Eine solche Lesart subjektiviert und mystifiziert nicht nur den Wert, sondern bindet seine Erkenntnis auch an Begriffe, die Marx mit gutem Grund aufgegeben und durch säkulare der Praxis in der Wirklichkeit ersetzt hat.

Christian Stache

Produktivkraftentwicklung und Eigentumsverhältnisse

Jürgen Leibiger: Eigentum im 21. Jahrhundert. Metamorphosen, Transformationen, Revolutionen, Münster 2022, Verlag Westfälisches Dampfboot, 381 S., 38,00 Euro

Das Buch will eine „politische Ökonomie des Eigentums“ (15) entwickeln, d.h. eine Kritik der bestehenden Eigentumsverhältnisse leisten und Veränderungspotentiale erkunden. Das ist dem Autor gelungen. Im Mittelpunkt der Analysen steht das Verhältnis zwischen Produktivkraftentwicklung und Eigentumsverhältnissen bzw. Eigentumsformen. „Eigentumsfragen zielen ... ins Herz einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und berühren zugleich unser Alltagsleben“, schreibt der Autor (11). Ob es um Mieten, Energiepreise, Impfstoffe oder den Umgang mit sozialen Netzwerken geht: Immer wird die Eigentumsfrage berührt. Ohne deren Einbeziehung können gesellschaftliche Veränderungen nicht diskutiert werden.

Das erste Kapitel erläutert den Eigentumsbegriff. Eigentum, so der Autor, beschreibt gesellschaftliche Beziehungen, d.h. „Verhältnisse von Menschen zueinander in Bezug auf die Objekte des Eigentums.“ (39) Eigentum ist ein „Oberbegriff für historisch unterschiedlichste Eigentumsformen, also auch für das Gemeineigentum ... Eigentum ist untrennbar mit Arbeit als Naturaneignung durch den Menschen verbunden“ (29). Privateigentum ist nur eine bestimmte historisch entstandene Eigentumsform. Da Arbeit immer eine gesellschaftliche Praxis ist, hängen die jeweiligen Eigentumsverhältnisse eng mit dem Grad der ge-

sellschaftlichen Arbeitsteilung zusammen. Das zeigt er im zweiten Kapitel, das sich mit vorkapitalistischen Eigentumsformen beschäftigt: Die Herausbildung des Privateigentums in der römischen Republik wirkte wie eine „spezifische Produktivkraft, weil mit der rechtlich verbürgten (und nicht mehr allein auf ... Gewalt ... beruhenden) Garantie des Eigentums und der Erbfolge neue Triebkräfte zur Vermehrung des privaten Eigentums, der produktiven Kräfte und des wirtschaftlichen Wachstums entstanden.“ (70) Das heutige Privateigentum, wie es in § 903 des Bürgerlichen Gesetzbuchs definiert wird, gründet auf dem römischen Recht und ist zugleich die Basis des modernen kapitalistischen Eigentums, das im dritten Kapitel behandelt wird. Die „Grundstruktur des Kapitals als Eigentumsverhältnis“ ist dem Autor zufolge in allen kapitalistischen Gesellschaften gleich (79): „privates Eigentum an Produktionsmitteln, Nicht-Eigentum beim Lohnarbeiter, Zwang und Möglichkeit des Verkaufs der Arbeitskraft ...“ (81) sind Kernmerkmale kapitalistischer Eigentumsverhältnisse.

Kapitalistisches Eigentum als Grundkategorie nimmt im Kontext der Vergesellschaftung der Produktion allerdings unterschiedliche Formen an. Diese Flexibilität kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ist dem Autor zufolge eine besondere Stärke des Kapitalismus als Gesellschaftsformation und Grundlage seiner Überlegenheit gegenüber dem 1989/91 untergegangenen „Staatssozialismus“: „Der Kapitalismus erwies sich gegenüber dem Staatssozialismus als überlegen, weil das kapitalistische Eigentum in vielfältigen, sich höchst flexibel entwi-

ckelnden Formen existiert, sich daneben in bestimmten Bereichen auch andere Eigentumsformen entwickeln und diese Formen miteinander konkurrieren, aber auch kooperieren.“ (139) Ob der Autor, der als ‚gelernter‘ DDR-Bürger weiß, wovon er spricht, damit nicht doch etwas über das Ziel hinausschießt, kann hier nicht diskutiert werden. So weist er im fünften Kapitel, das sich mit den Eigentumsverhältnissen in der DDR beschäftigt, darauf hin, dass Arbeitsproduktivität und Konsum (zumindest quantitativ) in der DDR (zwischen 1950 und 1989) rascher zugenommen hatten als in der BRD, und erklärt m.E. überzeugend: „Offensichtlich waren die Eigentumsverhältnisse in der DDR kein Hindernis für eine höhere Dynamik der gemessenen Produktivität. Der weit wichtigere Faktor für ihren riesigen (absoluten, JG) Abstand im Jahr 1989 war offensichtlich das Ausgangsniveau der Jahre 1949/1950. ... Dieses Dilemma der ungünstigen Ausgangsbedingungen teilte die DDR mit allen realsozialistischen Ländern.“ (135)

Befassten sich die ersten fünf Kapitel mit begrifflichen und historischen Aspekten der Eigentumsverhältnisse, so sind die folgenden Abschnitte gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen gewidmet. Zunächst geht es um die konkreten Eigentumsverhältnisse und -strukturen im Kapitalismus der BRD. Diesen bezeichnet Leibiger zusammenfassend als Finanzmarktkapitalismus, d.h. als eine Phase, in der „das Zentrum der Verfügungs- und Aneignungsmacht über die entscheidenden Produktionsmittel auf die Akteure des Finanzmarkts, genauer, auf eine Finanzoligarchie übergegangen ist.“ (159) Dies sind nicht nur einfach

reiche Leute, „Reichtum allein ist kein Merkmal der Angehörigen der Finanzoligarchie“, er muss mit „Verfügungs- und Aneignungsmacht gepaart“ sein. Diese ist „in ihrem Kern, aber nicht ausschließlich an das Eigentum von Produktiv- und Geldvermögen gebunden.“ (175/76) Zur Finanzoligarchie gehören auch Spitzenmanager, Verbandsvertreter und Berater (männlich wie weiblich). Diese Gruppe verfügt über fremdes Kapitaleigentum: Das Monopol ist ein Eigentumsverhältnis, das Verfügungsmacht über Produktionsmittel und Ressourcen beinhaltet, die ihm nicht gehören (110). Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass in Deutschland Gründerfamilien und namentlich bekannte Manager als unmittelbare Eigentümer noch eine große Rolle spielen: Bei 9000 großen privaten und börsennotierten Unternehmen halten Familien und „Unternehmensinsider“ fast 50 Prozent der Kapitalanteile (167).

Die innovativsten Kapitel sieben bis neun setzen sich mit aktuellen und absehbaren technologischen Veränderungen und ihrem Zusammenhang zu den Eigentumsverhältnissen auseinander. Nach Ansicht des Autors erleben wir derzeit eine dritte industrielle Revolution: Schon die erste (Maschinerie) und die zweite (Elektrizität, Chemie, Automobil) industrielle Revolution waren mit einschneidenden Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen verbunden. Die dritte industrielle Revolution begann mit der Automatisierung in den 1960er Jahren und führte zu einer allmählichen Herauslösung der Produzenten zunächst aus dem unmittelbaren Fertigungsprozess, um später alle Bereiche von

Produktion und Konsumtion zu erfassen. Elemente sind die Ausbreitung der Mikroelektronik, insbesondere im Kontext der Informations- und Kommunikationstechnik, der Bedeutungszuwachs von Wissen, die Verbindung von Konsumtion und Produktion, die wachsende Naturaneignung und die Globalisierung. Vor allem gehe es darum, „wesentliche Denkerwerkzeuge dem Maschinenbetrieb einzuverleiben.“ (222). Diese Produktivkraftrevolution berührt die Eigentumsobjekte, die Eigentumsverhältnisse und die Eigentumsformen (223). Intensiv setzt sich der Autor mit Positionen auseinander, die u.a. im Internet eine Tendenz zur Demokratisierung von Eigentum sehen. Zwar können geistige Güter potenziell Allgemeingut werden. Da sie aber weiterhin eine materielle Basis haben, bleiben ihre Privatisierung und kapitalistische Verwertung möglich: „Digitalisierung und Internet sind ... keineswegs mit der Erosion von Privateigentum und Kapitalverwertung verbunden“, bilanziert Leibiger. In Verbindung mit der Entwicklung und Differenzierung des „Immaterialgüterrechts“ (241) kommt es im Gegenteil zu einer verstärkten Monopolisierung geistiger Güter. In dem Maße, wie selbst zwischenmenschliche Beziehungen digital gestützt werden, wächst die gesellschaftliche Macht der dafür notwendigen Plattformunternehmen. Zentrale Elemente der Infrastruktur werden privatisiert. Die wachsende Naturaneignung (von der Tiefsee bis zum Weltraum) ist mit deren Integration in bestimmte Eigentumsverhältnisse verbunden. Festzustellen ist eine allgemeine Tendenz zur „Propertisierung“ (265) aller Aspekte des menschlichen

Lebens. Unter den bestehenden finanzkapitalistischen Bedingungen bedeutet das zugleich ihre Monopolisierung: „Es ist ... ein internationales Eigentumsgeflecht entstanden, in dem die formalen Eigentümer zwar noch gewisse Rechte auf die Aneignung von Teilen des ... entstandenen Profits, aber keine nennenswerte Verfügungsmacht mehr haben“, stellt der Autor am Beispiel der Beziehungen zwischen Siemens und dem Anteilsinhaber Blackrock (der kein Eigentümer, sondern lediglich Eigentumsverwalter ist) fest (273). Die Entwicklung der Produktivkräfte beeinflusst die Eigentumsverhältnisse, diese aber wirken auf die Produktivkräfte zurück: „Die Privatisierung und Monopolisierung von Innovationen verhindern deren rasche Diffusion und breite gesellschaftliche Anwendungen ...“ (241)

In den politisch anregenden Kapiteln acht und neun diskutiert Leibiger die Frage, wie unter diesen Bedingungen eine „transformatorische Eigentums politik“ aussehen könnte. Anknüpfend an Lenin stellt er zunächst fest, dass die Vergesellschaftung der Produktivkräfte selbst auf dem heute erreichten hohen Niveau nicht automatisch zur Auflösung des Privateigentums führt: „Der Zusammenhang zwischen einer Technologie und den Eigentumsverhältnissen ist nicht starr oder eindeutig.“ (284) Zwar belegen die aktuellen „Menschheitsprobleme“ (Verhältnis Mensch-Natur, Unterentwicklung und Ungleichheit werden genannt) die „Notwendigkeit einer Transformation der Eigentumsverhältnisse“, diese werden aber nicht automatisch sozialistisch sein.

Progressive Veränderungen der Eigentumsverhältnisse im Einklang mit

den Vergesellschaftungstendenzen seien im Kern auf zwei Wegen möglich: einem radikalen ‚Bruch‘ in Form einer politischen Revolution einerseits (die der Autor für „weder wünschenswert noch hierzulande (! JG.) in Sicht“ hält, und einer allmählichen ‚Verdichtung‘ sozialistischer Verhältnisse andererseits, die allerdings an einem bestimmten Punkt ebenfalls mit der Logik kapitalistischer Eigentumsverhältnisse brechen müsste (306 ff.). Die erste Lösung schließt Leibiger mit Verweis auf die vielen gescheiterten Sozialismus-Versuche aus – m.E. etwas vorschnell. Er selbst hat ja, wie oben dargestellt, das Scheitern des ‚realen‘ Sozialismus weniger systemisch als vielmehr mit dem Produktivitätsrückstand zum Zeitpunkt der sozialistischen Umwälzung begründet. Das von ihm angeführte griechische Beispiel ist ebenfalls nicht zwingend, denn hätte die politisch disruptive Entwicklung (die also auch in entwickelten Ländern möglich ist, JG.) z.B. in Frankreich oder Italien stattgefunden, wäre deren Beendigung durch EU, Zentralbanken und internationales Finanzkapital weniger einfach gewesen. Auch die Annahme, die Möglichkeit eines revolutionären politischen Bruchs sei womöglich in einigen Ländern des globalen Südens anders zu beurteilen (306), ist widersprüchlich – mit recht hatte er im siebten Kapitel darauf hingewiesen, dass im Kontext der Globalisierung „die Begriffe ‚Zentrum‘ und ‚Peripherie‘ ihre Erklärungskraft (verlieren)“ würden (269).

Die Sympathie des Autors gehört jedenfalls dem zweiten Weg der Transformation, der zugegebenermaßen derzeit realistischer erscheint als ein

revolutionärer Bruch. „Sie beginnt mit progressiven Schritten, ersten transformierenden Ansätzen im Kapitalismus und mündet in einer Großen Transformation, indem sich über den Kapitalismus hinausreichende Institutionen und Funktionalitäten allmählich anreichern und zu einer qualitativ neuen Macht- und Gesellschaftskonstellation führen.“ (307) Die die Eigentumsverhältnisse so transformierende Strategie macht sich an zwei Ansatzpunkten fest: Einer allmählichen Änderung der „Eigentumsmatrix“ durch Ausdehnung nichtkapitalistischer Eigentumsformen einerseits und der Demokratisierung des Eigentums (durch neue Rechtsformen, Mitbestimmung usw.) andererseits. Dem Autor ist bewusst, dass er mit diesen Überlegungen an eine lange Tradition der Arbeiterbewegung anknüpft, angefangen mit Marx‘ Überlegungen zur Rolle von „Kooperativfabriken“ (343). Auf entsprechende Erfahrungen verweist er leider nur in einer kurzen Fußnote (314/15). Die Tatsache, dass diese Ansätze historisch ähnlich krachend gescheitert sind wie Versuche eines revolutionären Bruchs, behandelt der Autor leider nicht – möglicherweise ist ihm z.B. das traurige Schicksal der westdeutschen Genossenschafts- und Gewerkschaftsunternehmen nicht gegenwärtig.¹ Damit ist er nicht allein: Viele Anhänger des ‚solidarischen Wirtschaftens‘ und des ‚Commoning‘, d.h. der ‚Erweiterung und Vertiefung kollektiver Eigen-

¹ Vgl. IMSF-Informationsbericht 45: Neue Heimat, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften. Zwischen Marktwirtschaft und Bankenmacht, Frankfurt/M. 1987. Günter Kallex: Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland, Berlin/DDR 1967.

tumsformen“ (342) machen sich nicht die Mühe, nach den Ursachen des Scheiterns vergleichbarer historischer Ansätze zu fragen, obwohl es dazu reichlich (zumeist ältere) Literatur gibt.² Dies aber wäre nötig, um nicht die Illusionen und Fehler z.B. des von Leibiger positiv erwähnten Konzepts der „Wirtschaftsdemokratie“ von Fritz Naphtali (317) zu wiederholen.

Diese Einwände sollen die ausführlich dargelegte und mit guten Argumenten begründete Strategie einer allmählichen Eigentumstransformation nicht desavouieren – es soll lediglich daran erinnert werden, dass deren Erfolg – wie die Historie zeigt – von den politischen Rahmenbedingungen abhängt. Meines Erachtens würde eine sorgfältige historische Analyse möglicherweise dazu führen, den von Leibiger konstruierten Gegensatz zwischen der Strategie des revolutionären Bruchs einerseits und einer schrittweisen Transformation der Eigentumsverhältnisse andererseits, wenn schon nicht aufzulösen, so doch zu modifizieren. Der Autor ist sich bewusst, dass hier noch Diskussionsbedarf besteht. So fragt er im abschließenden zehnten Kapitel: „Wie lassen sich die im Rahmen des Commons-Diskurses entwickelten und sich zumindest im Kleinen in Erprobung befindlichen Prinzipien ... auf die gesamte Gesell-

schaft übertragen, gesamtgesellschaftliche wirksam machen?“ und problematisiert Lösungen, die im Rahmen „einzelwirtschaftlicher Rationalität“ verbleiben (360).

Indem Leibiger vor dem Hintergrund aktueller Veränderungen den Zusammenhang zwischen Produktivkraftentwicklung und Eigentumsverhältnissen als kontingenten Prozess darstellt, leistet er einen wichtigen Beitrag zur Überwindung schematischer Vorstellungen im traditionellen Marxismus.

Jörg Goldberg

Ungleiche Entwicklung entlang von globalen Warenketten

Karin Fischer, Christian Reiner, Cornelia Staritz (Hg.): Globale Warenketten und ungleiche Entwicklung. Arbeit, Kapital, Konsum, Natur. Mandelbaum Verlag, Wien – Berlin 2021, 422 Seiten, 25,- Euro.

Waren, die wir konsumieren, werden in den seltensten Fällen im eigenen Land produziert. Stattdessen überschreiten sie auf ihrem Weg zu uns viele Grenzen. Innerhalb sogenannter globaler Warenketten wird ein Großteil unserer Güter hergestellt. Dies beinhaltet Dienstleistungen, elektronische Geräte, Lebensmittel, Kleidung und vieles mehr. Die einleitenden Beiträge in dem Band von Karin Fischer, Christian Reiner und Cornelia Staritz beschäftigen sich mit der Frage, warum und unter welchen Bedingungen Produktion und Arbeit für den Weltmarkt an bestimmten Standorten und transnational vernetzt stattfinden. Entgegen der Mainstreamforschung, die ihren Fokus darauf richtet, wie sich Firmen, Regionen und Länder

² Exemplarisch sei verwiesen auf Rolf Schwendter (Hrsg.): Die Mühen der Berge und Die Mühen der Ebenen. Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Teil 1 und 2, AG SPAK Publikationen, München 1986. Auch der Rezensent hat bescheidene Beiträge zu dieser Debatte geleistet, vgl. Jörg Goldberg, Gemeinwirtschaft als Gegenmacht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1972, S. 152-160.

des Globalen Südens vorteilhaft in globale Warenketten integrieren und somit ihre Position im globalen Machtgefüge verbessern können, wirft dieses Buch einen explizit kritischen Blick auf die Verhältnisse in globalen Warenketten. Die Analysen widmen sich ungleichen Machtstrukturen zwischen den beteiligten Akteur*innen und stellen dar, wer sich wie viel Wert entlang der Warenkette aneignet.¹ Letzteres wird z. B. anhand des iPhones illustriert.

Das Buch ist in die Schwerpunkte Arbeit, Kapital, Konsum und Natur eingeteilt und beleuchtet somit verschiedenen Perspektiven der kritischen Warenkettenforschung. Einleitend zeigt sich, dass globale Warenketten grundsätzlich von transnationalen Konzernen, die in den Zentren der Weltwirtschaft angesiedelt sind, gesteuert und kontrolliert werden. Dabei zeigt sich, dass sämtliche arbeitsteiligen Aktivitäten entlang der Warenketten im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems auf Profitmaximierung ausgelegt werden. Im Zuge einer globalen Liberalisierung wurden ökonomische Prozesse, wie die Ausweitung und Erschließung internationaler Märkte vereinfacht und oft als politisches Instrument genutzt um beispielsweise globale Abhängigkeiten aufrechtzuerhalten.

Nach einleitenden und grundsätzlichen Definitionen und Konzepten (33ff.) und einem Abschnitt zur Geschichte von Warenketten (99ff.) wird die *Arbeiter*innenperspektive* auf Warenketten näher beleuchtet (149ff.). Hier zeigt sich als besonders

spannend der Beitrag von Jörg Flecker. Er behandelt die Frage nach sozialer Aufwertung und insbesondere der Qualität der Arbeit in dynamischen Ketten und Netzen. Hier wirken gegensätzliche Tendenzen. Einerseits werden Zulieferer und Dienstleister von internationalen Markenfirmen und Kernunternehmen zunehmend unter Druck gesetzt, woraus erschwerte Arbeitsbedingungen folgen. Entsprechend sind Arbeitsplätze am unteren Ende der Warenkette besonders stark von internationaler Konkurrenz und Weltwirtschaftskrisen betroffen. Andererseits möchten insbesondere Betriebe am unteren Ende der Kette zugleich ihre Position durch die Weiterentwicklung von Wissen und die Übernahme höherwertiger Aufgaben verbessern. Jörg Flecker bespricht dabei die Frage, inwieweit sich eine mögliche ökonomische Aufwertung eines Betriebs überhaupt positiv auf Arbeitsbedingungen auswirkt. Es stellt sich heraus, dass die Verhältnisse der Arbeiter*innen am unteren Ende der Warenketten nicht maßgeblich durch die ökonomische Stellung ihres Betriebes geprägt sind, sondern vielmehr von kollektiver Organisation und Widerstand abhängig sind. Denn verschlechterte Arbeitsbedingungen werden umgekehrt oft von Betrieben ausgenutzt, um ihre ökonomische Stellung zu verbessern, beispielsweise durch eine Senkung der Löhne. In einem Exkurs wird von Florian Butollo die Frage aufgeworfen, welchen Einfluss digitale Transformation auf globale Güterketten hat. Die transnationale Regulierung von Arbeit in globalen Warenketten behandelt Elke Schüßler. Anhand der Arbeitskämpfe bei Amazon veranschaulicht dies Sabrina Apicella.

¹ Siehe hierzu auch Z 129 „Globale Warenketten“, März 2022.

Bezüglich der *Kapitalperspektive* (195ff.) wird die Rolle globaler Konzernmacht in Güterketten in einem weiteren Beitrag von Jakob Kapeller und Claudius Gräbner aufgegriffen. Die Macht von Konzernen innerhalb von Warenketten führt unter anderem zu zwischenstaatlichen Steuerwettbewerben, die durch niedrige Standards Konzerninteressen entgegenzukommen versuchen. Auf globaler und nationaler Ebene steigen daher Ungleichheiten an, während sich Arbeitsbedingungen verschlechtern. Cornelia Staritz und Bernhard Tröster beschäftigen sich näher mit dem Aspekt der Finanzialisierung. Deren Bedeutung zeigt sich im zunehmenden Anteil des Finanzsektors am BIP vieler Länder sowie im starken Anstieg internationaler Kapitalströme. Sie untersuchen am Beispiel des Baumwollsektors in Subsahara Afrika, inwieweit Finanzialisierungsprozesse auf Rohstoff-Derivatmärkten die Preissetzung und die Verteilung von Preisrisiken beeinflussen. Dabei zeigt sich, dass Finanzialisierung direkte Effekte auf globale Warenketten und deren Verteilungs- und Entwicklungswirkungen hat. Die oftmals daraus folgende Preisinstabilität ist z.B. ein großes Problem für die Produzent*innen von Baumwolle. Die Autor*innen entwickeln diesbezüglich politische Reformvorschläge.

Die Beiträge zum Schwerpunkt *Natur* (244ff.) beschreiben Ressourcenkonflikte und verschiedene Nachhaltigkeitskonzepte. Am Fallbeispiel Lateinamerika wird dargestellt, dass vor allem lokale Gemeinschaften und Frauen von den Folgen des Ressourcenabbaus betroffen sind – trotz Versuchen, diverse Nachhaltigkeitskon-

zepte zu implementieren. Isabella M. Radhuber untersucht, in welchem Zusammenhang eine etwaige nachhaltige Ausgestaltung globaler Produktionsnetzwerke und Ressourcenextraktion und deren Folgewirkungen stehen. Sie beschreibt, dass insbesondere von indigenen Gemeinschaften geprägte Beziehungen zwischen Menschen und Natur für gesellschaftliche und politische Forderungen von unten ausschlaggebend sind. Zugleich führt vor allem die zunehmende Aneignung der natürlichen Umwelt dazu, dass soziale Ungleichheiten sich verstärken. Ähnliches heben Julian Stenmanns und Stefan Ouma in ihrem Beitrag hervor. Sie beschreiben den Zugriff des Globalen Nordens auf die sozialen und ökologischen Ressourcen des Südens und die damit einhergehende räumliche und organisatorische Auslagerung negativer Folgen auf andere Gesellschaften.²

Im Rahmen des *Konsumschwerpunktes* (290ff.) untersucht Christian Reiner die Macht der Handelsunternehmen innerhalb globaler Warenketten. Die Bedeutung des Handels war lange Zeit der des Industriekapitals untergeordnet. Dies änderte sich in den 1970er Jahren, als globale Warenketten zunehmend durch mächtige Handelsunternehmen gesteuert wurden. Reiner hebt hier die Bedeutung von E-Commerce hervor, der im Zuge digitaler Transformation relevanter wird und entsprechend im Buch mehrmals erörtert wird. Er begreift dies als Chance, da die Eintrittsbarrieren in die globalen Warenketten sinken und

² Angelehnt an das Konzept der „imperialen Lebensweise“ (2017) nach Ulrich Brand und Markus Wissen.

zugleich als ein Risiko für ein neues Monopolzeitalter, sollten wettbewerbs- und steuerpolitische Maßnahmen ausbleiben. Als spannend erwies sich auch die Analyse über Fairtrade Konzepte, welche durch privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Initiativen ungleichen Verhältnissen innerhalb der Warenkette entgegentreten wollen. Diese entstehen als eine Reaktion auf mangelnde staatliche Regulierung und erwecken daher teilweise den Eindruck, dass eine staatliche Regulierung nicht mehr notwendig sei. Miriam Wenner untersucht in ihrem Beitrag, das Potential von fairem Handel für verbesserte Arbeitsbedingungen entlang der Warenkette. Durch den Fokus auf bestehende Machtverhältnisse zwischen Norden und Süden zeigt sie, dass fairer Handel zwar positive Effekte haben kann und eine Alternative zu profitorientiertem Handel aufzuzeigen vermag, aber dass sich dennoch an dominanten Handelspraktiken nichts ändert und dass somit kein grundsätzlicher Wandel der Machtverteilung in globalen Warenketten erzielt werden kann.

Für die kritische Forschung globaler Warenketten ist das Buch ein großer Gewinn. Es kommt zur richtigen Zeit, einer Zeit, in der es immens wichtig ist, globale ökonomische Verhältnisse in einen Zusammenhang zu bringen und ganzheitlich zu erfassen. Der kritische Blickwinkel der Autor*innen ist unerlässlich, um den mehrheitlich liberal geführten Debatten entgegenzutreten und die Interdependenzen zwischen Arbeit, Kapital, Konsum und Natur aus einer linken und marxistischen Perspektive heraus zu erfassen. Das Buch zeichnet sich durch

eine hohe Informationsdichte, empirische Analysen und weiterführende Exkurse aus.

Jule Kettelhoit

Kapitalismus – ein historischer Zufall?

Jannis Milios: Eine zufällige Begegnung in Venedig. Die Entstehung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem, Dietz, Berlin, 2021, 296 S., 29,90 Euro

Dem Autor zufolge war die Entstehung des heute global existierenden Kapitalismus ein historischer Zufall. Er behandelt das Thema in drei großen Abschnitten: Teil I diskutiert den theoretischen Kontext, wobei er versucht, das Konzept der „Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen“ gegen den Ansatz der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ auszuspielen: Die Fixierung auf das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen beim Wechsel von Produktionsweisen sei eine schon von Marx zu verantwortende „Regression gegenüber der (bürgerlichen) Theorien- und Gedankenwelt“ und wird von Autor mit Vehemenz abgelehnt. (40) In diesem Teil werden die verschiedenen marxistischen und nicht-marxistischen Erklärungsversuche zur Entstehung des Kapitalismus diskutiert, was auch dann interessant ist, wenn man der Meinung des Autors, derzufolge der Kapitalismus nicht agrarischen Ursprungs ist, sondern in Handel und Finanzwirtschaft zu suchen sei, skeptisch gegenübersteht. Allerdings begründe die Existenz eines „geldvermehrenden Unternehmertums“ (240) allein noch keinen Kapitalismus: hin-

zukommen müsse die Durchsetzung des Lohnverhältnisses als „Hauptform der Vergütung von Arbeitern“ (240). Im Venedig des 14. Jahrhunderts seien diese beiden Bedingungen zusammengekommen, d.h. Geldbesitzer und Proletarier seien sich „zufällig“ begegnet.

Teil II enthält eine ausführliche Geschichte Venedigs, die die These der „zufälligen Begegnung“ von Händlern und Proletariern belegen soll – was allerdings m.E. nicht gelingt: Ganz so „zufällig“ war das Zusammentreffen nicht. Teil III enthält eine Zusammenfassung und Zuspitzung der Hauptthese und eine Diskussion der Rolle des Staates in diesem Prozess. Dabei sei auf eine Leerstelle in seiner Darstellung hingewiesen, die er selber einräumt, allerdings ohne auf die Konsequenzen einzugehen: „Eine Auseinandersetzung mit dem Prozess der Durchsetzung und der Reproduktion des Kapitalismus in ganz Europa ist im Rahmen dieses Buches nicht möglich.“ Ohne diese Analyse aber hängt seine Annahme, der Kapitalismus sei in Venedig entstanden, in der Luft. Dies gilt auch für die These, der Kapitalismus sei allein aus dem Handelskapital hervorgegangen: Die dem entgegenstehende These vom agrarischen Ursprung des Kapitalismus in England, von Ellen Meiksins Wood in ihrem Buch „Der Ursprung des Kapitalismus“ vertreten, wird vom Autor nicht diskutiert, obwohl er das Buch erwähnt. Dies ist umso erstaunlicher, als Wood Milios' Position explizit als „Kommerzialisierungsmodell“ abgelehnt hat.¹

Das Buch muss trotzdem als unverzichtbarer Beitrag zur Debatte über die Ursprünge des Kapitalismus betrachtet werden – vor allem wegen des außerordentlichen Kenntnisreichtums des Autors und der präsentierten historischen Aspekte. Allerdings halte ich die oben erwähnte Behauptung, die Herausbildung des Kapitalismus habe nichts mit der Entfaltung der Produktivkräfte zu tun, für unbegründet: Tatsächlich zeigt er selbst, wie sowohl die Stärkung des Handels- und Finanzkapitals als auch die Verwandlung von partiell selbständigen Produzenten in Lohnabhängige im Venedig des 14. Jahrhunderts mit dem technischen Fortschritt im umfassenden Sinn verbunden war. Denn was war die Verwandlung des Arsenal (staatseigene Schiffswerft) in eine hierarchisch strukturierte und „mit einer strikten internen Arbeitsteilung“ versehenen „großen Manufaktur“ anderes als ein Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte? Die vom Autor geschilderte „Entwicklung des kapitalistischen Manufakturwesens“ in Venedig (222), die zur Herausbildung von Lohnarbeitsverhältnissen führte, belegt m.E. die zentrale Rolle der Produktivkraftentwicklung bei der Herausbildung des Kapitalismus ebenso wie die Einführung von neuen Finanztechnologien, der doppelten Buchführung und der Aktiengesellschaft im Handels- und Finanzsektor. Dabei handelte es sich sicher nicht bloß um „eine Reihe historischer Ereignisse und Zufälle“ (209).

Jörg Goldberg

¹ Vgl. die Rezension in Z 105, S. 186 ff.

Kapitalismus – wegrationiert

Ulrike Herrmann: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden. Verlag Kiepenheuer & Witsch. Köln 2022, 341 Seiten, 24,00 Euro

Die Publizistin Ulrike Herrmann, seit 2000 bei der taz, würdigt die Leistungen des Kapitalismus und prognostiziert zugleich sein unvermeidliches baldiges Ende. Er habe Lebensqualität und -erwartung der Menschen enorm gesteigert, stoße aber jetzt an eine Naturgrenze: die mit ihm verbundene Erderwärmung aufgrund seines Zwangs zum Wachstum mit ständig zunehmendem Energieaufwand.

Solche Vorhersagen sind – mit verschiedenartigen Begründungen – seit einigen Jahren häufig geworden, wie auch in den großen Krisen von 1873 und 1929, und die Verfasserin nimmt dazu Stellung: „In der Vergangenheit waren viele Untergangsszenarien tatsächlich falsch – aber diesmal wird der Kapitalismus wirklich enden.“ (183)

Als Zusammenbruch bezeichnet Herrmann das Ausbleiben von Wachstum. Getätigte Investitionen erweisen sich als Fehlspekulationen, Arbeitsplätze fallen weg, damit geht die Nachfrage durch Löhne zurück. Kredite können nicht getilgt werden. Wenn die Natur eine Grenze setze, werde dies alles unausbleiblich. Das sei jetzt der Fall. Die Hoffnung, wie in der Vergangenheit würden auch künftig technische Innovationen Durchbrüche schaffen, die Neustarts ermöglichen, bezeichnet die Autorin ebenso als Illusion wie die Annahme, bisher schon gefundene Möglichkeiten – Nutzung von Sonne und Wind, ausreichend umfangreiche

künstliche CO₂-Speicher – stellten verlässliche Lösungen dar. All dies sei unzureichend, komme zu spät oder sei nicht zu finanzieren. „Die Atomenergie bleibt ein Irrtum.“ (123)

Seien alle diese Auswege versperrt, dann gelte: Grünes Wachstum gebe es nicht, nur grünes Schrumpfen. Auch das stelle einen Kollaps des Kapitalismus dar, aber einen gesteuerten. 2013 hatte Ralf Fücks, damals Chef der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, ein Buch mit dem Titel „Intelligent wachsen“ veröffentlicht. Herrmann setzt dagegen auf intelligentes Schrumpfen.

Ein historisches Vorbild hierfür sieht sie in der britischen Kriegswirtschaft ab 1939. In kürzester Zeit habe diese auf eine neue Lage reagiert. Die Konsumtion sei reduziert worden, um den militärischen Erfordernissen gerecht zu werden. Es habe sich herausgestellt, was alles bislang entbehrlich war. Die Grundversorgung blieb dennoch auf einem guten Niveau. Auch zur Bewältigung der gegenwärtigen Klimakrise sei das machbar. „Der Knackpunkt ist die Rationierung.“ (245) An die Stelle der „Überflusgesellschaft“ müsse die „Überlebenswirtschaft“ treten (258/259). Ansätze seien schon in der Gegenwart vorhanden: zum Beispiel die Verabschiedung einer „Nationalen Wasserstrategie“ durch die deutsche Bundesregierung und der Entwurf eines „idealen Speiseplans namens ‚Planetary Health Diet‘, der sämtliche Menschen gesund ernähren könnte und zugleich die Umwelt schonen würde.“ (260/261). Der Markt könne dies nicht leisten, es sei nur durch demokratische Planung möglich.

Die Verfasserin erwähnt lediglich das

britische Beispiel, tatsächlich fand eine Umorganisation der Wirtschaft in allen am Ersten und Zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten statt. Der Kapitalismus hörte damit nicht auf, auch nicht in Großbritannien. Es gab kein Schrumpfen (das geschah erst in Nachkriegskrisen), sondern weiterhin Wachstum, vor allem in den USA: Die Rüstungsindustrie war der Motor (231). Ab 1948 setzte ein Nachkriegsboom ein. Ulrike Herrmann geht davon aus, dass die jetzt notwendigen Maßnahmen auf Dauer gestellt werden müssten. Ihre These, die jetzt schon verfügbaren Techniken reichten nicht aus, um der Klimakatastrophe zu begegnen, stützt sich auf die Annahme, dass dies in der nur kurzen Frist, die dafür erforderlich sei, nicht mehr möglich wäre. Hier könnte eingewandt werden, dass das zwar für den Augenblick zutreffen möge, durch die Rationierung aber vielleicht Zeit zu gewinnen sei, in der jene Ansätze ausreifen können. Dann hätte man jenen grünen Kapitalismus, den die Verfasserin für grundsätzlich unmöglich erklärt. Dies ist die Frontlinie der gegenwärtigen Auseinandersetzung über da Pro und Contra einer systemimmanenten Ökologie. Darüber hinaus empfiehlt sich eine nicht nur zeitliche, sondern auch thematische Horizonterweiterung: Herrmann behandelt nur das Energie- und Klima-, nicht aber das über dieses hinausgehende allgemeine Senkenproblem, also die Vermüllung von Boden, Wasser, Atmosphäre durch industrielle Abfälle der verschiedensten Art (vom Plastik bis zum Elektroschrott und nicht recyclefähigen Artefakten). Dadurch wird die Aufgabe, zu deren Lösung sie beitragen will, noch einmal größer.

Ulrike Herrmann schrieb und schreibt viel über den Kapitalismus, hier und auch in früheren klugen, keynesianisch inspirierten Büchern. Merkwürdigerweise aber findet sich in ihrer neuesten Schrift keine Definition dieser Produktionsweise. Kapitalismus ist für sie Wachstum, basta. Die Identifikation dieser beiden Begriffe geht so weit, dass der Eindruck entsteht, Letzteres sei die Ursache des Ersteren. In einer unter Berufung auf den Ökonomen Mathias Binswanger erfolgten ziemlich abenteuerlichen Argumentation geht bei Herrmann der Wachstumszwang auf das Kreditsystem zurück (88-93). Immerhin nennt sie daneben auch noch den Wettbewerb (94). Würden die Begriffe „Wachstum“ und „Überflusgesellschaft“ durch andere ersetzt, nämlich Akkumulation und Überakkumulation, wäre tieferes Eindringen möglich. Allerdings gehören diese Termini zu einem anderen Echoraum als dem, in welchem die Verfasserin, die Marx kennt, ihr Publikum vermuten mag.

Am Ende ihres Buchs bedankt sie sich bei ihren Korrekturlesern. Allerdings ist kaum etwas so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Zu den Errungenschaften des Kapitalismus zählt sie: „Verschlissene Knie und Hüften werden routinemäßig ausgetauscht und befreien die Patienten von quälenden Schmerzen, während früher schon ein normaler Knochenbruch bedeuten konnte, dass man hinterher lebenslang schwerbehindert war.“ (20) Hier gibt die Verfasserin offenbar ihre Technikskepsis auf und traut der medizinischen Ingenieurkunst zu, sie habe Knie und Hüften entwickelt, die sich selbst reparieren.

Georg Fülberth

Beamtete Plünderer Polens – „Opportunisten höchsten Grades“

Ramona Bräu: Die Plünderung Polens. Die Reichsfinanzverwaltung in den Jahren der Besetzung (1939–1945) (= Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus – hrsg. von Jane Caplan, Ulrich Herbert, Hans Günter Hockerts, Werner Plumpe, Adam Tooze, Hans-Peter Ullmann, Patrick Wagner. Bd. 4). Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston 2022, 486 S. geb., 69,95 Euro

Im populären Umgang mit der faschistischen Aggressions- und Völkermordpolitik ist die Rigorosität, Menschenverachtung, aber auch von Hannah Arendt beschworene „Banalität des Bösen“ weitgehend unstrittig. Ein Eichmann und seine Spießgesellen der Wannsee-Konferenz haben mit deutscher bürokratischer Gründlichkeit das Morden geplant, organisiert und umgesetzt. Seit den späten 1960er Jahren untersuchten marxistische Historiker die wirtschaftlichen Dimensionen dieser Politik.¹ In der jüngeren Vergangenheit – durchaus nicht unumstritten – hat besonders Götz Aly² die Wechselwirkungen von Völkermord und wirtschaftlicher wie finanzpolitischer Dimension popularisiert. Nun liegt eine komplexe und erhellende Untersuchung von Ramona Bräu vor, als Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ver-

teidigt und im Rahmen des Forschungsprojektes „Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus“ durch das Bundesministerium der Finanzen gefördert.

In fünf Kapitel – entlang des zeitlichen Verlaufs von Eroberung und Ausplünderung Polens – unternimmt es Bräu, Mechanismen, Konkurrenzsituationen u.a. zwischen Wehrmacht, Besatzungsverwaltung (so des Generalgouvernements Hans Franks) und der Finanzverwaltung des Reiches (Reichsfinanzministerium, Reichsbank) und Resultate im Kontext des Reichsfinanzministeriums unter Minister Schwerin von Krosigk zu untersuchen. In einem ersten Kapitel wendet sie sich dem Überfall auf Polen und seiner gesamtpolitischen Einordnung ausgehend von den wirtschaftlichen wie rassistischen Ostrambitionen Deutschlands zu. Sie zeigt, wie vom ersten Kriegstag an parallel und teilweise verknüpft der militärische Vormarsch mit dem Beutemachen und dem Installieren von Auspressungsstrukturen (durch Steuerbehörden und sehr aktiv durch den Zoll mit seinen Einheiten) vollzogen wurde. Erleichtert wurden viele dieser Aktivitäten durch die polnische Wirtschaftsstruktur mit ihrem starken Anteil an Staatsunternehmen. Im zweiten Kapitel zur Besatzungspolitik und im dritten Kapitel zur Beuteverwertung werden wesentliche Mechanismen offenbar, wie sich die Deutschen in Polen bedienten. Ebenso die Förderung von reichsdeutschen Wirtschaftsunternehmen, die in die eroberten Gebiete hinein expandierten. Durch die Eingliederung wichtiger polnischer Regionen unmittelbar in das Deutsche Reich und die Abtrennung eines Gene-

¹ Siehe vor allem Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945 in 3 Bänden (5 Büchern). Berlin 1969 ff. [Neuausgabe München 1999]

² Siehe hier bes. Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt/M. 2005.

ralgouvernements wurde dafür gesorgt, dass in letzterem außerordentliche Ausbeutungsbedingungen herrschten und selbst die schon diskriminierenden Rechtssetzungen für die bisherigen polnischen Staatsbürger im Reichsgebiet aufgehoben waren. Ein polnischer Staat existierte nach der Zerschlagung Polens 1939 im faschistischen Selbstverständnis nicht mehr. Zugleich sorgte die Einführung einer deutschen „Volksliste“ dafür, dass, wenn möglich, viele Polen, die den Rasseansprüchen der Nazis entsprachen, versuchten, als Volksdeutsche akzeptiert zu werden. Finanzbehörden, Treuhand und ähnliche Strukturen sorgten für den „ordnungsgemäßen“ Abgang bislang polnischer Vermögenswerte und der nun zugunsten des Deutschen Reiches erfolgten Steuereintreibungen. Besatzungsgeld, die Ghettoisierung und Deportation/Er mordung der jüdischen Bevölkerungsteile ebenso wie etwa der Sinto und Roma sicherten einen steten Geldfluss nach Deutschland. Letztlich galt: „Ein Recht auf Eigentum existierte de facto für polnische Staatsangehörige, gleich, ob sie jüdischen Glaubens waren oder nicht, auf dem Gebiet des Großdeutschen Reiches fortan nicht mehr.“ (121) Und für das Generalgouvernement – ungeachtet aller praktischen Konflikte und gelegentlichen Experimente für eine wirtschaftliche Eigenentwicklung – galten die Regeln eines Kolonialgebietes.

In ihrem vierten Kapitel ringt die Autorin um eine Abschlussbilanz. Deutlich wird, dass dieser Krieg deutscherseits mit dem klaren Anspruch geführt wurde, dass sich der Krieg selbst finanzieren musste und dass die Ansprüche sowohl der Eliten wie der

normalen Bürger möglichst lange aus dieser Kriegsbeute bestritten werden konnten. „Prinzipiell ermöglichte die Finanzverwaltung auf Kosten des polnischen Steuerzahlers das Besatzungsregime. Der Fokus ... lag mit zunehmender Dauer des Krieges und der absehbar drohenden Niederlage jedoch immer weniger auf den Bedürfnissen und Zielstellungen der Okkupation als auf der maximalen Inanspruchnahme der Wirtschaftskraft über die Währung für den Reichshaushalt.“ (367) Und dies neben dem alltäglichen Raub und der ertragreichen Leichenfledderei in den Vernichtungslagern.

Eigentlich wusste auch das Reichsfinanzministerium, dass Deutschland bei 557 Mrd. RM Kriegskosten (bis Herbst 1944) mit mind. 500 Mrd. RM verschuldet war. Eine Staatspleite zuzugeben, lag außerhalb des ideologischen wie politischen Rahmens. Umso „bewunderungswürdiger“ war die fast bis zum letzten Tag praktizierte „normale“ Finanzpolitik, die auch die Entschädigung für diejenigen Unternehmen einschloss, die nach den Rückzügen aus dem Osten in Not gerieten.

Für Polen war der Krieg mit seinen Verlusten, Zerstörungen, dem Auspressen des Landes und der Menschen verheerend, 38 Prozent des volkswirtschaftlichen Vermögens von 1939 waren verloren (371). Die Berechnungen – die für eine angestrebte Wiedergutmachung wichtig gewesen wären – blieben schwierig. Bräu summiert auf der Basis diverser zeitgenössischer polnischer Untersuchungen diese Forderungen auf 258.432 Millionen Vorkriegs-*Złoty*, was 1939 immerhin 121.463 Millionen Reichsmark entspräche. Heute (2016) müsste diese

Summe für 850 Milliarden Euro Kaufkraft stehen (370). „Hinter den Milliardenwerten standen konkret ermittelte Verlustzahlen. Von Zerstörungen und Raub betroffen waren u.a. 516.066 Privatgebäude, 14.000 Fabriken, 199.751 Geschäfte, 84.436 Handwerksbetriebe, aber auch 25 Museen, 35 Theater, 665 Kinos, 4.880 Grundschulen und 352 Krankenhäuser. Geraubt oder zerstört worden waren 83.636 Güterwagens, 2.465 Lokomotiven, 1.908.000 Pferde und 4.988.000 Schweine.“ (371) Vor allem aber verloren 780.000 Menschen ihr Leben an den Fronten und im Untergrund, bis zu sechs Millionen Polen, darunter drei Millionen Juden, wurden ermordet.

Im abschließenden fünften Kapitel schreibt die Autorin über das, was nach dem Krieg geschah. Auffällig ist, dass die meisten Nazi-Akteure glimpflich davongingen. Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk, einer der „unpolitischen“ konservativen Stützen der Weimarer Republik, behielt sein Amt von 1932 bis 1945, wurde 1937 ehrenhalber NSDAP-Mitglied, wurde noch im Mai 1945, nach Hitlers Abgang, leitender Minister der Noch-Reichsregierung in Flensburg. Seine US-amerikanischen Vernehmer bescheinigten ihm, zu den Opportunisten höchsten Grades zu gehören (388). In Nürnberg erhielt er 1947 10 Jahre Zuchthaus, wobei allein seine Besatzungspolitik in Polen offenbar als justiziabel erschien. 1951 öffneten sich für ihn in Landsberg die Zuchthausstore und er lebte unbehelligt und agil in der BRD, bis er 90-jährig verstarb. Einige seiner Beamten – erstaunlich wenige – wurden den polnischen Behörden von westalliierten Sei-

te ausgeliefert, waren auch kaum angefragt, erhielten in wenigen Fällen die Todesstrafe, andere kamen ins Zuchthaus und gelangten später in der BRD. Dort hatten viele ihrer Kollegen, wirtschafter- und finanzverfahren wie sie waren, längst wieder ihren Platz in Wirtschaft und Staat gefunden.

Stefan Bollinger

Leistungsdruck im Betrieb

Hermann Bueren: „BEWEGT EUCH SCHNELLER!“ Zur Kritik moderner Managementmethoden. Ein Handbuch, Kellner Verlag, Bremen 2022, 319 S., 18,90 Euro.

Zunächst habe ich mich darüber gefreut, dass ein Thema aus der Arbeitswelt von einem ehemaligen Betriebsrat behandelt wird. Der Buchautor beschreibt kenntnisreich, sehr ausführlich und stellenweise wiederholend die seit den 2000er Jahren in Deutschland vorherrschenden Formen, Absichten und Auswirkungen von Managementmethoden zur Leistungssteigerung. Sie laufen heute unter der Überschrift „Agiles Arbeiten“. Ihre aus den USA und Japan stammenden Vorläufer hatten in den 1980er Jahren in transnationalen Konzernen (TNK) etwas andere Namen wie beispielsweise TBM (Time Based Management), TQM (Total Quality Management), CF (Customer Focus), Lean Management, Lean Production. Verbunden waren diese oft mit Aufspaltung von Betriebsbereichen in kleinere COST- und PROFIT-Center mit eigener Rechnungsführung und Kontrolle sowie mit Personalabbau in Zentralbereichen.

Der Rezensent machte aus eigener

Betriebserfahrung in einem internationalen Konzern zwei weitere Absichten aus: die Manager wollten auch an das Gehirnschmalz der Beschäftigten heran, um so kostenlos Verbesserungsprozesse in Gang zu setzen. Statt eines betrieblichen Verbesserungsvorschlagwesens mit Prämie unter Mitbestimmung des Betriebsrates wollten sie die Beschäftigten in einen kostenlosen, kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) einbinden. Ein weiteres Ziel war, dass die Beschäftigten zuhause kritisch über ihre getane Arbeit nachdenken, um sie am nächsten Tag besser zu machen. Manche konnten deshalb schlecht abschalten, bekamen Ärger mit der Familie oder Schlafstörungen.

Der Buchautor beschreibt die Auswirkungen auf die Beschäftigten in Betrieben ohne Betriebsräte und Tarifbindung. Er verzichtet leider auf die Beschreibung des Teils der Arbeitswelt, in der Betriebsräte und Vertrauensleute das Betriebsverfassungsgesetz und Tarifverträge (z.B. Entgelttarifverträge) nutzen, um Managementstrategien und -methoden abzumildern, zu entschärfen oder gar zu verhindern. Somit fehlen im Artikel praktische Handlungsanweisungen. Dies sei angeblich nicht möglich, weil „Managementmethoden in der Praxis unter völlig unterschiedlichen Bezeichnungen auftreten“ (7). Aber in den dann folgenden Kapiteln wird nachgewiesen, wie sehr sie sich doch alle ähneln und die gleiche Zielsetzung haben. Die wichtigsten Handlungsanweisungen wäre gewesen: Tretet in die zuständige Gewerkschaft ein und gründet einen Betriebsrat, damit zumindest die gesetzlichen Mindeststandards in Sachen Arbeitszeit, menschengerechte

Arbeitsorganisation, Arbeits- und Gesundheitsschutz eingefordert werden können. Und in Betrieben mit Betriebs- oder Personalräten wäre angebracht gewesen, die Mitbestimmungsrechte offensiv zu nutzen. Da nutzt auch kein im Juristendeutsch von Prof. R. Pieper (BU Wuppertal) abgefasstes Schlusskapitel zu den rechtlichen Grundlagen für eine menschengerechte Arbeitsorganisation, das die schwammigen gesetzlichen Anforderungen an Unternehmen hervorhebt, aber Mitbestimmungsrechte nur unterbelichtet erwähnt.

Auch eine Vertröstung von Beschäftigten auf eine „grundlegende Änderung von Wirtschaft und Organisation“ (289 ff) hilft nicht weiter. Beides ist gefragt: aktueller Widerstand jetzt und eine sozialistische Perspektive. Dabei hilft m.E. eine offensive betriebliche Diskussion mehr als eine in der „Öffentlichkeit“ (13).

Aus meiner Erfahrung bestehen beispielsweise für Betriebsräte folgende Handlungsmöglichkeiten gegen eine unbegrenzte Steigerung der Arbeitsintensität:

Auf tarifvertraglicher Ebene (die im Buch überhaupt nicht erwähnt wird):

- Leistungsbegrenzung und Personalbemessung, wie z.B. in verschiedenen Krankenhäusern und Kindertagesstätten;
- Arbeitszeitverkürzung mit selbstbestimmten freien Tagen, wie beispielsweise in der Eisen-, Stahl, Elektro- und Metallindustrie sowie im Schienenverkehr;
- Entgelttarifverträge (ERA-TV) mit Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten der Betriebsräte über Wahl des Entlohnungsgrundsatz-

zes (Zeitlohn/Bewertung, Leistungslohn/Kennzahlen, Zielvereinbarung), Kriterien für Leistungsbewertung, Eingruppierung, Reklamationen. Außerdem: führt die Mitarbeit eines Beschäftigten in einer Projektgruppe zur Erweiterung seines Handlungsspielraums oder zu einem höheren Schwierigkeitsgrades seiner Arbeitsaufgabe, hat dies eine Höhergruppierung zur Folge, was Unternehmern die Suppe versalzen kann. Im Geltungsbereich des ERA-TV der IGM-Baden-Württemberg sind beispielsweise die jährlichen „Mitarbeitergespräche“ zur Leistungsbeurteilung freiwillig und nur nach Herausgabe des Gesprächsleitfadens an den Beschäftigten zu dessen Vorbereitung möglich. Auf Wunsch des Beschäftigten darf ein Betriebsratsmitglied seiner Wahl mit dabei sein. Verpflichtend ist lediglich ein Gespräch über Weiterbildung.

Das Betriebsverfassungsgesetz (§87 und §89) garantiert Betriebsräten volles Mitbestimmungsrecht beispielsweise in folgenden Fällen:

- Anfang und Ende der Arbeitszeit; Genehmigung oder Verweigerung von Überstunden; Arbeitszeiterfassung; eine Ablehnung von „Vertrauensarbeitszeit“ und Begrenzung von Überstunden sind somit möglich.
- Arbeitsort (Fabrik, Büro, Heimarbeit, auf Reisen, Rufbereitschaft, mobil).
- Verhaltens- und Leistungskontrolle; so können beispielsweise offene Leistungsvergleiche zwischen Beschäftigten und Gruppen jederzeit abgelehnt werden.
- Einrichtung von paritätisch besetzten betrieblichen Innovationsteams.
- Aufbau eines betrieblichen Verbesserungsvorschlagwesens mit Prämie-

rung entsprechend der Kosteneinsparung statt kostenlosem KVP.

- Personenbezogener Datenschutz.
- Arbeits- und Gesundheitsschutz. Im Jahr 2000 erreichte erstmals in Deutschland der Betriebsrat von ABB in Mannheim durch Spruch der Einigungsstelle ein volles Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Planung, Durchführung, Dokumentation und Abhilfemaßnahmen der Gefährdungsanalyse (GFA) nach Arbeitsschutzgesetz, die auch die psychischen Belastungen der Beschäftigten mit einschloss.

Nicht ohne Grund stehen gerade diese Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats auf der Streichungs- und Verwässerungsliste der Unternehmervverbände bei der anstehenden „Modernisierung“ des Betriebsverfassungsgesetzes.

Das vorliegende Buch hat zwei Zielgruppen: unmittelbar betroffene Beschäftigte sowie ihre betrieblichen und gewerkschaftliche Interessenvertreter. Für beide Gruppen ist es auf jeden Fall eine Hilfe bei der Analyse betrieblicher Situationen, bei den Gesprächen mit den Kollegen in den Abteilungen, bei der Entlarvung unternehmerischer Absichten und Ziele in Abteilungs- und Betriebsversammlungen. Da es jedoch keine Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, bleibt das Buch leider auf halbem Wege stehen.

Joachim Schubert

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Ulrich Brinkmann, Frank Deppe, Klaus Dräger, Jürgen Leibiger, Nicole Mayer-Ahuja, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Stefan Bollinger, Janis Ehling, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, Luca Karg, Jule Kettelhoit, Maurice Laßhof, André Leisewitz, John Lütten, Patrick Ölkrug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers/der VerfasserIn, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Abonnementpreis (vier Hefte): Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studierende u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen.

Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HELADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406. e-mail: redaktion@zme-net.de; www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de. Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648. Redaktionsschl.: 31.10.2022. Beilage: VSA: Hamburg. Bitte um freundliche Beachtung.

Autorinnen und Autoren, Übersetzerin

Hermann Abmayr – Stuttgart, Journalist und Filmemacher

Prof. Dr. Stefano Azzarà – Urbino/Italien, Philosoph, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer

Mesut Bayraktar – Hamburg, Schriftsteller

Linda Beck – Göttingen/Berlin, Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dr. Stefan Bollinger – Berlin, Historiker, Z-Redakteur

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. Rolf Czeskleba-Dupont – Roskilde/Dänemark, Hochschullehrer

Dr. Holger Czitrich-Stahl – Berlin, Historiker und Lehrer

Richard Detje – Ahrensburg/Göttingen, Mitarbeiter von Wissenstransfer und der Zeitschr. „sozialismus“, Vorstandsmitgl. der Rosa Luxemburg Stiftung

Wiebke Diehl – Berlin, Islam- und Politikwissenschaftlerin, freie Autorin und wissensch. Mitarbeiterin eines MdB

Siegfried Dienel, Dipl.-Ing., Dipl. mil. – Stralsund, Mitglied ehrenamtl. Geschäftsführungsteam Stadtleitung Die Linke

Dr. des. Dominik Feldmann, M. Ed. – Olpe, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg, Politikwissenschaftler

Prof. Dr.sc Ehrenfried Galander – Erfurt, bis 1991 Lehrstuhl für Politische Ökonomie und Leiter der Editions- und Forschungsgruppe MEGA² der Universität Halle

Corinna Genschel – Berlin, Kontaktstelle soziale Bewegungen bei der Bundestagsfraktion Die LINKE

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Philippe Haller – Darmstadt, Student der Soziologie

Maren Hassan-Beik, M.A. – Darmstadt, wiss. Mitarbeiterin am Inst. f. Soziologie der TU Darmstadt

Dr. Michael Heinrich – Berlin, Politikwissenschaftler

Dr. Ralf Hoffrogge – Berlin, Historiker, seit Gründung aktiv bei Deutsche Wohnen & Co Enteignen

Jule Kettelhoit – Frankfurt/M., Studentin der Politikwissenschaften, Z-Redakteurin

Juri Kilroy – Berlin, freier Autor

Dr. Alexander King, Diplomgeograf – Berlin, Mitgl. des Abgeordnetenhauses

Maurice Laßhof – Darmstadt, Student der Soziologie/Wirtschaftswissenschaften, Z-Redakteur

Dr. André Leisewitz – Weilrod, Dipl. Biol., Z-Redakteur

Sebastian Liegl – Halle, Student der Politikwissenschaften

Jens Liedtke – Darmstadt, Regionsgeschäftsführer DGB Südhessen

Dr. Barbara Lietz – Berlin, Politökonomin, ehem. MEGA²-Redakteurin

Prof. Dr. Klaus Müller – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

Nicoletta Negri – Berlin, Übersetzerin

Andreas Nöthen – Frankfurt/M., Journalist/Autor

Yannik Pein – Göttingen, Student der Soziologie und Politikwissenschaften

Dr. Jürgen Reusch – Frankfurt/M, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. Axel Rüdiger – Halle, Politikwissenschaftler

Dr. Herbert Rünzi – Konstanz, Sozialwissenschaftler

Dr. David Salomon – Dreieich, Sozialwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Dieter Sauer – München/Jena, Sozialwissenschaftler am Institut für Sozi-

alwissenschaftliche Forschung (ISF) und Hochschullehrer

Lara Schauland – Berlin, Politikwissenschaftlerin

Alexander Schmidt – Leipzig, Student der Soziologie und Philosophie an der MLU Halle-Wittenberg

Dr. sc. Lothar Schröter – Borkwalde, ehem. Abteilungsleiter am Militärgeschichtlichen Institut der DDR

Joachim Schubert – Mannheim, Rentner, Maschinenbauingenieur, ehem. langjähriges Betriebsratsmitglied bei BBC/ABB/ALSTOM/GE

Dr. Winfried Schwarz – Frankfurt/M Sozialwissenschaftler, ehem. Mitarbeiter des IMSF

Ines Schwerdtner – Berlin, Chefredakteurin Jacobin Magazin

Dr. Christian Stache – Hamburg, Sozial- und Wirtschaftshistoriker

Daphne Weber – Berlin, Sozialwissenschaftlerin, Mitgl. d. geschäftsf. Vorstands der Partei Die LINKE

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraction, Z-Redakteur

Karl Wolff – Darmstadt, Student der Soziologie